

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1921 Nr. 442 für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 214



Bezugspreis: für blinde und ansehnliche Bezahler monatlich Mk. 1,50, vierteljährlich Mk. 2,25, pro Bogen, Druck die Post bezogen je nach postal. Bestellg.

Morgen-Ausgabe

Anzeigenpreis: Die Spalte 34 mm breit im- und außerh. 70 A. Die Spalte 90 mm breit im- und außerh. 800 A. Zehn nach Zeit. Geschäftsverh. Halle-Saale.

Geschäftliche Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Centrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5500 und 5510. — Postfachkonto: Leipzig 20512.

Geschäftliche Berlin: Scharnburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290 Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Heile, Halle-Saale

Die drohende Katastrophe

Churchill über die Weltkrise

London, 26. September.

In seiner großen Rede in Dundee befaßte sich Churchill nach Erörterung der triftigen Frage, mit dem Niedergang des Welthandels, mit dem Weltkrisisismus und mit der Washingtoner Konferenz. Churchill sagt u. a.: Die großen Nationen der Welt bieten augenblicklich ein merkwürdiges patriotisches Schauspiel: Amerika, England, Frankreich, Italien, alle heften riesige Geldsummen von einem Ende der Welt zum anderen her auszuführen. Schulden eintreiben ist eine Hauptindustrie geworden und nimmt in den Köpfen zahlreicher Politiker und Parlamente und sogar Wähler den Hauptplatz ein. Wenn alle Schulden und Entschädigungen abzüglich Nation und Nation bezahlt werden würden, dann würde jedes Gläubigerland genutzte Ware erhalten und zwar in Mengen und zu Preisen, die für den geordneten Betrieb ihrer Industrien verhältnismäßig sein würden. Nicht ein einziges der kriegführenden Länder, die Anspruch auf riesige Warenlieferungen als Bezahlung der ihnen geschuldeten Beträge haben, würde diese Waren, wenn sie kommen sollten, annehmen. Auf der anderen Seite schaffen sie, und ganz mit Recht, Lärme und alle Arten von Sondergesetzen, um zu verhindern, daß ihre eigenen Industrien durch solche riesige unwirtschaftliche Einfuhr völlig erschüttert werden.

Infolge der aus diesem allen entstandenen Währungsverhältnisse ist die Kaufkraft der Schuldernationen vollkommen erschollen. Die Gläubigerationen haben infolge der Währungsverhältnisse größte Schwierigkeiten, nach den Schuldernationen auszuführen, da diese letzteren ihnen bereits mehr schulden, als sie bezahlen können. Die Schuldernationen sind gezwungen, jährlich nach den Gläubigerationen riesige Mengen auszuführen, was ihre Leistungsfähigkeit weit übersteigt. Die Gläubigerationen wollen diese Waren jedoch nicht annehmen aus Furcht, daß darunter ihre eigenen Industrien leiden. Dadurch wird der gesamte internationale Handel ungeheuer eingeschränkt, und jeden Tag wird dadurch Schaden ausgeht. Die ersten Ergebnisse sind gerade das Gegenteil von dem, was die meisten erhofften. Ein Beispiel dafür ist der größte Schuldnerstaat Deutschland, und der größte Gläubigerstaat Amerika. In Deutschland arbeiten die Industrien intensiv. Deutschland wird durch seine Ausfuhr in die Lage versetzt, fast jeden Markt, den es beschließt, zu erobern. In den Vereinigten Staaten ist die Lage ganz anders. Sie verfügen über Vorräte von Gold. Der amerikanische Ausfuhrhandel wird jedoch sehr eingeschränkt. Die amerikanischen Flotten ist ein vollkommener Stillstand. In Amerika sind dreimal soviel Gewerkschaften wie in England, und ein Steigen der Kurse für die Lebenshaltung in den Vereinigten Staaten wird für die unmittelbare Zukunft angebahnt.

Diese Umstände ergeben die unbedingte Notwendigkeit, daß die Staatsmänner aller Länder sobald wie möglich zusammenkommen, um sich von neuem diesem Problem des internationalen Handels zuzuwenden, damit die Ströme des Angebots und der Nachfrage wieder frei über die Oberfläche der Welt fließen können.

Hieraus wandte sich Churchill der sozialistischen Komunisten und der bolschewistischen Agitation zu, die ebenfalls große Schuld daran trägt, daß die Führung der Welt verödet werde. Er erörterte die sehr bedauerliche Lage, die die Bolschewisten über England gebracht hätten. Er sagte: Trotzki und Lenin haben einfach von dem geglaubt, was von dem Regime des Jaren übrig geblieben war. Sie haben von dem Gold gelebt, das sie aus den russischen Staatskassen oder von Nummern genommen haben. Sie haben von den Juden gelebt, die sie den Frauen gestohlen haben, die sie ermordeten, und sie haben die Betrüder verurteilt, die die Banken geknallt hatten, um sich vor einer Hungersnot, wie der augenblicklichen, zu schützen. Der Welt habe keine fürdurstigere Lehre von dem Wahnsinn der Sozialisten und von den Folgen gegeben werden können, die entstehen, wenn man ihnen ungezügelt die Macht überläßt. Die Sozialisten in England hätten alles getan, was in ihrer Macht liege, um die Wirksamkeit der Arbeiterkraft herabzusetzen. Sie hätten alles getan, um Streit und Streikereien in der Industrie zu veranlassen. Lenin und Trotzki haben ihre Ziele bestraft, um England in seine augenblickliche Not zu bringen; England würde etwa vier Monate brauchen, um die Lebensmittel zu verschören, über die es verfügt, und nach dieser Zeit würde der größte Teil der Bevölkerung Englands eine neue Welt aufsuchen müssen, um dort zu leben.

Churchill erklärte weiter, England sei gesonnen, seine Flotte aufrechtzuerhalten und könnte auch auf ein Mindestmaß militärischer Streitkräfte nicht verzichten, das notwendig sei, um die Ordnung in den britischen Kolonien aufrechtzuerhalten. Wenn man den Schuldenlasten der Welt überbürdet, zwischen sollte, in

müsse ein friedliches Zusammenwirken zwischen den führenden Nationen bestehen. Es gäbe zwei große Gruppen von Nationen, wovon jede notwendig für das Wieder-aufleben der Sicherheit der Welt sei. Erstens sei notwendig ein Zusammenwirken Englands, Frankreichs und Deutschlands, um die Wohlthat Europas wieder aufzubauen; weiter sei notwendig, ein Zusammenwirken der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Japans, um neue Weltverträge in den Riffungen der See zu verhindern und den Frieden des Stillen Ozeans zu sichern. Churchill sagte, Großbritanniens Rolle eine äußerst wichtige Rolle bei dem Zustandekommen einer einträchtigen Kombination. England müsse jedoch in unbedingter Ehrlichkeit und Willigkeit gegen alle handeln. Ein Zusammenwirken zwischen England, Frankreich und Deutschland würde niemals zustandekommen, wenn England mit Frankreich auf Seiten Frankreichs freundschaftlich handle, sondern nur dadurch, daß England Frankreich sichtbar mache, daß es immer noch sein Freund ist. Der Freund in der Not werde England die stetigen Beziehungen für das Vertrauen in Frankreich und Europa schaffen, die es in die Lage setzen würden, die zwischen Deutschland und Frankreich bestehende Spannung zu mildern und eine einträchtige gemeinsame Aktion dieser drei Mächte zu fordern, wovon nicht eine einzige ausgelassen werden dürfe, wenn Europa den früheren Reichtum und Ruhm wiedergewinnen wolle. In gleicher Weise könne England sein friedliches Verhältnis im Stillen Ozean sichern, oder den Riffungen der See Einheit geben, wenn es die wohlverprobte Freundschaft mit Japan befestige weiter, müsse ein größeres Einnehmen zwischen den drei Seemächten im Stillen Ozean zustande gebracht werden auf der Grundlage gemeinsamer Interessen und gegenseitigen Vertrauens. Churchill erklärte ferner, er lege große Hoffnungen auf die Washingtoner Konferenz. Sie bedeute ein wirksames Eintreten der Vereinigten Staaten in die Verantwortlichkeiten und Schwierigkeiten der Weltpolitik.

Der Kampf um die Koalition
Die Haltung der Deutschen Volkspartei

Über den eventuellen Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung erörtert der „Volks-Anh.“ Die Deutsche Volkspartei hat in Heidelberg ihre prinzipielle Bereitschaft zu einer Koalition auf breiter Basis erklärt. Ein Ausfluß von mehreren Mitgliedern ist eingeleitet worden, um die Voraussetzungen zu prüfen, unter denen eine Mitwirkung der Deutschen Volkspartei bei der Regierungsbildung möglich wäre. Soweit wir unterrichtet sind, werden die Beratungen der Deutschen Volkspartei, falls man sie als beauftragt, weniger in Personal- oder Reformfragen als in der Forderung der Aufstellung eines sachlichen Programms zur Lösung der aktuellen Fragen, namentlich auf finanziellen Gebiete, bestehen. Man sieht in Kreisen der Deutschen Volkspartei die finanzielle Lage des Reiches als außerordentlich ernst und gefährdet an und würde zu einer Mitarbeit sich nur bereitfinden, wenn energische Mittel angewendet werden, um das Ende der Reichsfinanzen zu befeitigen.

Zu gleicher Zeit werden von linksbedingten Kreisen, die an einer Verbreiterung der Koalition nach rechts kein Interesse haben, Versuche unternommen, die durch die äußerliche geschaffene Situation umgebenen und eine Verbreiterung der Regierungskoalition nach links herbeizuführen. In der regierungspolitischen „Dena“ wird das auf folgende Weise gemacht: Es ist nach zu bemerken, daß der Reichstag der sozialistischen Partei in der Tat nicht an sich für eine Koalition mit der Volkspartei ausspricht, vielmehr nur die allgemeinen Richtlinien und Prinzipien einer Koalitionserweiterung überprüft festlegt. Es muß in diesem Zusammenhange auch auf einen vielbeachteten Artikel von Karl Kautsky in der „Freiheit“ hingewiesen werden, in dem Kautsky der äußerlichen Politik infolge davon, als er zu einer Koalitionserweiterung unter Einbeziehung der Deutschen Volkspartei und nicht der U. S. P. D. führen soll. Die U. S. P. D. war, nach Kautsky, bereit, ihren alten Standpunkt, nach welchem sie mit bürgerlichen Parteien prinzipiell in eine Koalition eintreten wollte, zu opfern und sich zu einer prekären Koalitionspolitik bereit zu erklären. Falls nun im Verfolg der von der Deutschen Volkspartei eingeschlagenen Politik, die auf eine Befestigung der Reichsfinanzlage durch die U. S. P. D. hinausginge, der Gedanke einer Koalition mit der Sozialistenpartei sich als notwendig und schrittweise, nachdem sowohl die U. S. P. D. als auch das Zentrum durch den Rund ihrer ersten Ratsler sich aus innen- und außenpolitischen Gründen für die Koalitionspolitik der U. S. P. D. eingesetzt haben, — so liegt es in der Natur der politischen Entwicklung, daß dann das Zentrum nach links schlägt und ebenfalls Versuche gemacht werden würden, die U. S. P. D. zur politischen Mitarbeit an der Reichspolitik heranzuziehen.

Am Montag vormittag tagten im Reichstage die Fraktionen der U. S. P. D., der Kommunisten und der Demokraten.

Der schulpolitische Zusammenbruch

Einige Zusammenfassungen.
Von Dr. Georg Traue, Halle (Saale).

Wir erleben heute den größten schulpolitischen Zusammenbruch, wie er in der Geschichte der Pädagogik beispiellos dasteht. Diesen ausgeben, ist die wichtigste Aufgabe der Gegenwart. Man könnte gerade von einer Zeit der schulpolitischen Surolo sprechen. Im folgenden seien einmal einige Werturteile zusammengestellt. Wir lassen die Tatsachen für sich sprechen und enthalten uns jeder zweifachen Polemik. Erst wenn man die Ergebnisse des schulpolitischen Niaskos selbst beobachtet, erst dann kann die Auffstellung neuer, grundlegender, allgemeingültiger und einheitlicher Richtlinien auf dem Gebiete der Schulpolitik erfolgen, die dem wirklichen Kulturfortschritt entsprechen.

1. Der Arbeiterbildungshunger. Wilhelm Liebknecht, seitdem zum Mitglied des Reichstages, 5. Februar 1872: „Die Sozialdemokratie ist im eminentesten Sinne des Wortes die Partei der Bildung.“

2. Die Einheitschule. Das Auf der Revolutionszeit 1918 durch ganz Deutschland. Ingeheuer Literatur aus allen Kreisen der Bevölkerung im letzten Jahrzehnt. Massenverammlung und Resolutionen an dem neuen Ministerium nebst Vertrauensuntersuchungen!

3. Die Gleichstellung der Stadt- und Landlehrer. Förderung der Lehrerschaft, besonders der Volksschulen, seit 1909 (Verordnung des Reichspräsidenten über den Kreis der Volksschulen).

4. Einheitschule. Schlußreden des Reichstages am 2. März 1914. Die Einheitschule hat einen einheitlichen Lehrstoff zur Voraussetzung.“ (Zeits. S. 26.)

5. Höhere Schulen für Selbstschüler. Rede des Abg. Saemisch im preuß. Abgeordnetenhaus Mai 1914. Da, wenn wir registrieren würden Schichten wie auch den Arbeiterkreisen angehören, am größten Teile — dem notleidenden Mittelstand!

6. Wir fordern Schulgesundheitsreform. Abg. Saemisch im preuß. Abgeordnetenhaus Mai 1914. Wenn wir registrieren würden ... (ebenda).

7. Öffnung der Universitäten für alle Volksschüler. (Beratungen der Reichstages am 1. April 1904, Polen 1914 usw.) eines Aufstiegs zu den gesamten Stellen im Schuldienste durch Unbedienstetenrat! Akademie

8. 1919 und 1920: Saemisch als Reichsminister. unterzeichnet selbst die Ministerialentscheidungen betreffend Schulgesetz und Kollegialerziehung!

9. 1921: Min.-Ber. S. 8. Punkt U. II. 16 028: Studierende Volksschüler, welche die Schulgesundheitsreform (Saemisch) für den höheren Schuldienst erworben haben, aber einmündig im Volksschuldienste — abzuleiten!

